



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

*: Der fünfte Band des Bismarck-Jahrbuchs

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der fünfte Band des Bismarck-Jahrbuchs*)



Die Urkunden und Briefe dieses wieder sehr reichhaltigen Bandes sind insofern ein einheitlicheres Ganze, als sie im Gegensatz zu frühern Jahrgängen mit wenigen Ausnahmen nur der Periode von 1851 bis 1865 angehören. Vielleicht ist dabei der Wunsch berechtigt, daß auch künftig auf einen solchen innern Zusammenhang, wenn möglich, mehr Rücksicht genommen werden möge als bisher. Die größte und interessanteste Gruppe sind die dreiunddreißig Briefe Bismarcks an den Legationsrat Wenzel in Frankfurt und dessen hundertundsechzehn Briefe an Bismarck, denn sie umfassen die ganze Bundestagszeit des Staatsmanns, seine Botschafterzeit in Petersburg und Paris und die ersten Jahre seiner Ministererschaft. In dieselbe Zeit gehören sechs Briefe des berufenen Flottenverkäufers Hannibal Fischer, einige Schreiben Manteuffels und Gerlachs, fünf Briefe des Unterstaatssekretärs Gruner, vor allem aber zweiunddreißig Briefe des Grafen Robert von der Goltz, denen ein langer, höchst interessanter Brief Bismarcks beigegeben ist, zwei Briefe König Wilhelms und einer des Erbprinzen Friedrich von Augustenburg.

In dem Briefwechsel zwischen Bismarck und Wenzel liegt der Schwerpunkt natürlich in den Angelegenheiten des Deutschen Bundes. Deutlich tritt dabei die ganze Hoffnungslosigkeit dieses Zustandes hervor. Zwischen Preußen auf der einen Seite, Osterreich und den Mittelstaaten auf der andern klappt ein tiefer Gegensatz. „Adolph von Nassau wird ganz Osterreichler,“ schreibt Wenzel am 23. Oktober 1858; selbst in Baden kämpft 1854 der Prinzregent (Großherzog Friedrich) mühsam gegen den übermächtigen österreichischen Einfluß, der in dem damaligen Kirchenstreit seine Stütze findet. Zu den bekannten Urteilen über die österreichischen Präsidialgesandten Graf Thun und Prokesch-Osten gefällt sich ein sehr schneidendes über Graf Rechberg, das von dem Friedjungs weit abweicht. „Es giebt kaum einen verbissenern Preußenfeind,“ schreibt Wenzel am 2. Mai 1859; und in einem Briefe vom 16. Februar 1862, als Rechberg schon österreichischer Ministerpräsident war, heißt es: „Rechberg repräsentirt die Wollust des Preußenhasses.“ Sein „Preußenhaß“

*) Herausgegeben von Horst Kohl. Leipzig, G. J. Göschen, 1898.

sei noch derselbe wie in Frankfurt, erzählt ihm ein Bekannter 1860; seinen Abgang aus Frankfurt begrüßt Wenzel am 2. Mai 1859 mit Freude, denn „er wußte zu gut die Kleinen von sich abhängig zu machen.“ Und nun diese „Kleinen“! „Unser größter Gegner ist jetzt Hannover. Von den Ministern der Mittelstaaten ist Dalwigk der tollste. Pfordten ist keine gute Acquisition, er ist Jurist und Wortklauber“ (1859). „Der nassauische Hofmarschall sagte neulich, es würde der glücklichste Tag seines Lebens sein, an welchem Preußen von den Franzosen das linke Rheinufer genommen würde. Wie viele deutsche Höfe sind es, wo man nicht ebenso denkt? Und solche Regierungen sollen unsre Bundesgenossen sein!“ (20. April 1860). Dabei erwies sich die ganze Triaspolitik von der Pfordtens, Beusts und Dalwigks als völlig unfruchtbar, denn wie konnten sich Regierungen über eine gemeinsame Organisation verständigen, denen die ungeschmälerte Bewahrung ihrer Scheinsouveränität als das höchste galt, und von denen keine mächtig genug war, sich die andern zu unterwerfen! Von der „Triaspolitik“ war schon 1852 die Rede; ja sie hat auch bei den trübseligen Verhandlungen über das Schicksal der deutschen Reichsflotte, von denen die Briefe Hannibal Fischers 1852/53 berichten, ohne daß der beiläufig hochkonservative Mann auch nur das leiseste Gefühl für die Schmach dieser Vorgänge verriete, eine gewisse Rolle gespielt, denn Hannover wünschte die Flotte als Nordseegeschwader (neben der preußischen Ostseeflotte und der österreichischen Marine im Adriatischen Meere) mit der finanziellen Unterstützung der Binnenstaaten unter seinen Befehl zu bringen, also eine maritime Trias neben der militärischen des Bundesheeres zu schaffen. Gerade dieses Streben verschuldete das Scheitern der Verhandlungen, da Hannover Preußen von seiner Nordseeflotte ausschließen wollte, und führte zu dem unvergeßlichen Schimpf der Flottenversteigerung (1. Dezember 1852).

Gleich unfruchtbar zeigte sich diese mittelstaatliche Politik, als sie nach dem italienischen Kriege von 1859 mit den Konferenzen in München und Würzburg wieder kräftiger einsetzte. „Die Vorlagen der Würzburger sind eine Bankrotterklärung,“ schreibt Wenzel am 30. Dezember 1859. „Hätten sie geschwiegen, so hätte man doch denken können, es wäre wirklich etwas dahinter. Nun kommen sie mit lauter Dingen, die entweder schon schweben oder sich als unausführbar gezeigt haben. Aber die drei Vorlagen zeigen sogar die Uneinigkeit, denn sie gehen alle fünf nicht einmal von allen Würzburgern aus. Die Vorlagen sind jetzt publiziert, jede materielle Begründung fehlt, man hat nicht einen neuen Gedanken. — Über ein Resultat sollen die Würzburger aber doch erfreut sein, sie sollen sich einig gefunden haben im Hass gegen Preußen! Als ob es noch einer Feststellung dieses Hasses bedurft hätte! Und solchen Regierungen sollen wir uns auf Tod und Leben hingeben!“ Kläglich zeigte sich die unvermeidliche Uneinigkeit auch, als die „Würzburger“ im Frühjahr 1861 über einen besondern Bundesfeldherrn

für die vier sogenannten rein deutschen Armeekorps (VII., VIII., IX., X.) bezieten, denn das wollte der König von Württemberg werden, dem aber wollte sich Hannover für das X. Korps nicht unterordnen, und Baden, Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, die Hansestädte und viele andre lehnten jede Beteiligung an den Beratungen ab. Bismarck sah in der ganzen Triaspolitik nichts als die Vorbereitungen zu einem neuen Rheinbunde (1. Juli 1859; der Brief ist schon in den „Bismarckbriefen“ — sechste Auflage, Seite 120 — von Kohl veröffentlicht, aber nicht nach dem ihm jetzt vorliegenden Original), und Wenzel schrieb ihm 14. Juli 1859 als Antwort: „Sie haben recht. — Man beeilte sich sehr, mit Frankreich seinen Frieden zu machen, und am weitesten und schnellsten ging wieder Dalwigk. Es hieß, man wolle lieber französisch als preußisch sein“; dann wieder am 23. Mai 1861: „Was ist es (die Trias) anders als ein Rheinbund! Man will über die eignen Truppen disponiren können, weil dies ein Abkommen mit Frankreich erleichtert.“ Kein Wunder, daß die Spannung zwischen Preußen und seinen deutschen Gegnern immer schärfer wurde. „Hier in Frankfurt, schreibt Wenzel am 16. Februar 1862, sieht es sehr traurig aus. Wir haben nie so am Bunde gestanden!“ und am 1. Mai 1862: „Wir stehen schon seit längerer Zeit fast allein, höchstens Baden und Weimar sind mit uns, aber auch diese leider nicht immer.“ Stellte sich preußischen Staatsmännern der Bundestag also dar, so folgte daraus von selbst, daß sie zu dem Fortbestande dieses kraft- und saftlosen Gebildes nicht das geringste Vertrauen, auch gar kein Interesse daran hatten, und daß sie der preußischen Politik möglichst ihre volle Selbständigkeit zu sichern suchten. „Sie sehen, sagt Wenzel am 23. Mai 1861 seine Frankfurter Beobachtungen zusammen, daß der Auflösungsprozeß immer weiter geht.“ und Goltz äußert sich ganz ähnlich am 21. September 1863: „Es ist ein barocker Gedanke, diesem in voller Auflösung begriffnen Bund eine Aktion nach außen zuzumuten.“ Trotzdem ist es „bei der gegenwärtigen politischen Lage das Beste, die Bundesverfassung nicht zu ändern.“ „Wie sie ist, können wir aus ihr machen, was wir wollen. Die Änderung soll ja nur gegen uns sein“ (Wenzel an Bismarck am 18. Juli 1860).

Die Art, wie Bismarck die Selbständigkeit der preußischen Politik seit 1851 mit Nachdruck und Erfolg vertreten hat, leuchtet auch aus diesen Briefen deutlich hervor. Nicht immer stimmt er im einzelnen mit seinen Korrespondenten überein, aber den weitem Blick hat immer er. Er ist für die Erhaltung der Reichsflotte (Briefe vom 16. Januar, 28. und 29. Januar 1852 an Wenzel); er ist für die Neutralität im Krimkriege, trotz der entgegengesetzten Stimmung am Bundestage, er will 1856 keinen Krieg um Neuenburg. „Ich finde, man kann es nicht anständiger loswerden, als in Gestalt eines Lösegeldes für die Gefangnen. Viele hüzige Leute wollen mit 100000 Mann der Schweiz zuleibe. Eine recht erwünschte Gelegenheit für andre Mächte würde

das sein, uns auflaufen zu lassen, wie Anno 50 oder wie Rußland in den Donaufürstentümern. Außerdem können wir so große Anstrengungen nur für Kriege machen, die die Chance haben, etwas einzubringen" (18. September 1856), während Wenzel einen Einmarsch in Neuenburg wünscht. Ferner mißbilligt Bismarck 1859 die Bereitwilligkeit Preußens, Österreich zu Hilfe zu kommen („Wir haben zu früh und zu stark gerüstet," 1. Juli), und ist mit der Zusammenkunft des Prinzregenten und Napoleons III. in Baden-Baden gar nicht recht zufrieden (16. Juni 1860), dagegen sehr einverstanden, „daß wir uns in Teplitz zu gar nichts verpflichtet haben" (8. September 1860). Auch daß der Prinzregent die in Baden-Baden wieder auftauchenden mittelstaatlichen Vorschläge einer militärischen Trias „sofort entschieden zurückgewiesen" hatte, meldet Wenzel am 18. Juli 1860 mit großer Befriedigung.

Soviel wurde diesem in Frankfurt immer klarer, daß „es ohne große Ereignisse nicht anders werden wird" (23. Mai 1861). Da aber große Ereignisse gewöhnlich nur von großen Männern herbeigeführt werden, so hofft er auf ein Ministerium Bismarck und verzeichnet schon am 12. August 1861 die Nachricht, daß man mit ihm wegen Übernahme des auswärtigen Ministeriums verhandle, wovon dann noch mehrfach die Rede ist. Was er hoffte, fürchteten andre. „Man scheint jetzt doch in Wien eingesehen zu haben, schreibt Wenzel am 17. März 1859 an Bismarck nach Petersburg, daß Sie in Petersburg sehr unbequem (für Österreich) sind," und er schickt ihm zum Beleg einen Artikel des Frankfurter „Volksfreundes" voll der heftigsten Anklagen wegen eines angeblich von Bismarck verfaßten „antinationalen" Pamphlets „Preußen und die italienische Politik." Später wurde auch gegen seine Versetzung nach Paris von den Anhängern Österreichs heftig intriguiert (1. Mai 1862).

Wenn dieser Briefwechsel im wesentlichen die deutschen Angelegenheiten behandelt, so umspannen die Goltz'schen Briefe einen weitem Kreis. Denn Robert von der Goltz, ein entschlossener, hochkonservativer, preußischer Patriot, daher Gegner der in der „Kreuzzeitung" damals herrschenden doktrinären, nur angeblich konservativen, thatsächlich ganz unpreussischen Richtung und ein Anhänger von Radowiz, dessen Verlust jetzt „unerseßlich" sein würde (Brief vom 11. März 1850), war vorwiegend Diplomat, seit 1856 Vertreter Preußens in Athen, 1859 in Konstantinopel als „Beobachter des schon einen kadaverähnlichen Gestank verbreitenden Patienten, der nicht leben und nicht sterben kann" (17. Februar 1860), 1862 Bismarcks Nachfolger erst in Petersburg, dann in Paris, ein Mann von starkem Selbstgefühl und voller Selbständigkeit des Urteils und ein scharfer Beobachter.

Die Briefe der ersten Jahre behandeln im wesentlichen Personalfragen; besonders interessant werden sie aber, sobald Goltz von Paris aus seinem Minister berichtet. Da tritt der kaiserliche Hof in scharfer Beleuchtung hervor, namentlich das Verhältnis Napoleons III. zu Marguerite Bellanger, das die

Kaiserin „weniger in ihren Herzensneigungen als in ihrer weiblichen Würde“ aufs tiefste kränkte, den Kaiser physisch ruinirte und „sein persönliches Ansehen, namentlich in den arbeitenden Klassen, welche einen fanatischen Haß gegen die Cocottes im allgemeinen hegen, in bedenklicher Weise erschüttert, während die Kaiserin, aus deren Munde übrigens niemand eine Klage vernimmt, bemitleidet und sie dadurch populär zu werden beginnt“ (9. Dezember 1864). Im übrigen stand Goltz zu dem Kaiserpaare vorzüglich und betont in demselben Briefe nachdrücklich, „daß in Frankreich keine einer ehrgeizigen Politik Preußens günstigere Regierung sich denken läßt als diejenige des Kaisers Napoleon. Dies hat mir noch vor einigen Tagen Thiers zugegeben, der dem Kaiser eben vorwirft, daß seine Politik nur Preußen befriedigen könne, aber den Interessen Frankreichs nicht entspreche, und diese Macht gleichzeitig in Gegensatz zu England, Österreich, Rußland und dem Katholizismus setze.“ Der tiefste Grund des Sturzes Napoleons III. ist damit angedeutet: der Widerspruch seiner persönlichen Politik zu den französischen Traditionen.

Goltz erlebte in diesen Jahren zwei Ergebnisse dieser Politik, die den Franzosen als Fehlschläge galten, die Niederlage Napoleons in der polnischen Frage 1863 und den Sieg Preußens in Schleswig-Holstein 1864. Bekanntlich trat Preußen dem polnischen Aufstande durch die Februarconvention mit Rußland sofort entschlossen entgegen und erwarb sich damit, indem es seine Interessen wahrte, zugleich den Dank Rußlands; Österreich dagegen ließ in Galizien die Bildung polnischer Banden und ihren Übertritt nach Russisch-Polen zu, ja man dachte dort, wie Goltz hörte, sogar an die Wiederherstellung Polens (saut à se dédommager ailleurs) im Bunde mit Frankreich und England und verletzte dadurch ebenso Preußen wie das ohnehin gereizte Rußland aufs schwerste, ohne jeden Nutzen, denn Frankreich zog sich schließlich zurück, weil England um Polens willen nicht losschlagen wollte (27. Juni und 16. Oktober 1863). Wie Goltz schon hier nicht in Übereinstimmung mit seinem Chef war, weil er von dessen polenfeindlicher Haltung eine „Isolirung“ Preußens befürchtete, so vertrat er in der schleswig-holsteinischen Sache in seinen amtlichen Berichten wie in seinen Briefen an Bismarck eine dessen Geschäftsführung gerade entgegengesetzte Auffassung. In einem langen Schreiben vom 22. Dezember 1863 verwirft er jedes (von ihm schon früher) bekämpfte Bündnis mit Österreich, fordert die Unterstützung der in Deutschland so populären Augustenburgischen Ansprüche und die Lossagung vom Londoner Protokoll, das ein „revolutionärer Akt“ gewesen sei.

Schon am Weihnachtsabend antwortet ihm Bismarck in einem seiner großartigsten Briefe („ich würde an niemand als an Sie den vierten Teil des Briefes schreiben“). Goltz schreibe nicht mehr Berichte, sondern ministerielle Vorträge, und doch könne es in Preußen nur einen Minister der auswärtigen Angelegenheiten geben. Die Frage sei, ob Preußen eine Großmacht oder (nur) ein deutscher Bundesstaat sei, ob es monarchisch oder „durch Professoren, Kreis-

richter und kleinstädtische Schwärmer zu regieren" sei. Die „öffentliche Meinung“ in Deutschland könne Preußen für eine Unions- oder Hegemoniepolitik gar nichts nützen; Österreich spiele nur mit deutschen Sympathien und werde sich im geeigneten Moment auf seine europäische Stellung zurückziehen. Mit seiner von Goltz so heftig bekämpften Politik habe er, Bismarck, bisher glänzende Erfolge gehabt, die „Bregenser Koalition“ sei gesprengt, Österreich suche die Allianz mit Preußen statt mit den „Würzburgern.“ „Dabei sind wir von Frankreich gesucht, unsre Stimme hat in London und Petersburg das Gewicht, was ihr seit zwanzig Jahren verloren war.“ Auch er traue Österreich „nicht über den Weg,“ aber er finde es für jetzt richtig, mit Österreich zu gehen. „Ich bin dabei in keiner Weise kriegsscheu [in Bezug auf Dänemark], im Gegenteil, bin auch gleichgiltig gegen revolutionär oder konservativ wie gegen alle Phrasen; Sie werden sich vielleicht bald überzeugen, daß der Krieg auch in meinem Programm liegt; ich halte nur Ihren Weg, dazu zu gelangen, für einen staatsmännisch unrichtigen. Daß Sie dabei im Einverständnis mit Pfordten, Beust, Dalwigk und wie unsre Gegner alle heißen, sich befinden, macht für mich die Seite, die Sie vertreten, weder zur revolutionären noch zur konservativen, aber nicht zur richtigen für Preußen. Mögen Sie den Londoner Vertrag revolutionär nennen, die Wiener Traktate waren es zehnmal mehr und zehnmal ungerechter gegen viele Fürsten, Städte und Länder, und das europäische Recht wird eben durch europäische Traktate geschaffen.“ — „Ich habe eine hohe Meinung von Ihrer politischen Einsicht; aber ich halte mich selbst auch nicht für dumm; ich bin darauf gefaßt, daß Sie sagen, dies sei eine Selbsttäuschung.“ — „Ich habe nicht die Hoffnung, Sie zu überzeugen, aber ich habe das Vertrauen zu Ihrer eignen dienstlichen Erfahrung und zu Ihrer Unparteilichkeit, daß Sie mir zugeben werden, es kann nur eine Politik auf einmal gemacht werden, und das muß die sein, über welche das Ministerium mit dem König einig ist.“ In der That ließ sich Goltz nicht überzeugen, sondern er antwortete noch im Laufe des Dezember mit einem langen Schreiben, zu dem Bismarck eine Reihe zum Teil sehr charakteristischer kurzer Randbemerkungen gemacht hat. In den Zusammenhang dieser schleswig-holsteinischen Frage gehören auch ein Brief des Erbprinzen von Augustenburg an Bismarck (Dezember 1863), worin er die ihm von der Presse zugeschriebene Äußerung: „Herr von Bismarck sei sein Freund nicht“ in Abrede stellt, zwei kurze Schreiben König Wilhelms vom 16. und 18. Januar 1864 über eine Besprechung des Monarchen mit Samwer, dem Agenten des Herzogs, die der Kronprinz bei einer Abendgesellschaft in seinem Palais vermittelte, und ein Stimmungsbericht aus Holstein vom 11. Juni 1864, der hervorhebt, daß dort von Sympathien für Friedrich (VIII.) gar keine Rede sei, daß man vor allem Sicherheit für die Zukunft wolle („man will in Preußen aufgehen“), und daß sich die preußische Armee die allgemeinen Sympathien erobert habe.

Die „Chronik“ des Jahres 1897 enthält diesmal eine Reihe von Artikeln aus den „Hamburger Nachrichten“; ihr folgen zwei Abhandlungen (von Mülverstedt, Die Herkunft des Erzbischofs Dietrich von Magdeburg, der darnach nicht zum Geschlecht Bismarcks gehört hat, und Kohl, Beiträge zu Bismarcks politischen Reden, nämlich Entwürfe zu den beiden Reden vom 2. und 10. April 1848, die von den später wirklich gehaltenen weit abweichen). Den Schluß bildet eine „Übersicht der Bismarcklitteratur 1894 bis 1897.“

So liefert auch dieser Band reichliche und interessante Beiträge zur Geschichte unsrer größten Zeit. *



Ungedruckte Briefe von Robert Schumann

Nach den Originalen mitgeteilt von f. Gustav Jansen

(Fortsetzung)

8

An C. Montag

Wien, den 10^{ten} Januar 1839.

Donnerstag.

Mein lieber Freund,

Mit Verlangen sah ich irgend einer Mittheilung von Ihnen entgegen. Weder Briefträger noch Zeitschrift brachten etwas. Sind Sie glücklich angekommen? Haben Sie meiner nicht ganz vergessen? Wie sehr hätte ich gewünscht, Sie hier behalten zu können, wo man die Künstler suchen muß, wie die Ehrlichkeit auf der Welt! Nun, zaudern Sie aber nicht länger, schicken meinem Vice-Redacteur baldmöglichst etwas von den versprochenen Reisebriefen und auch mir Nachrichten, die glücklichsten hoffe ich! Sagen Sie dasselbe Hrn. Lobe! Er versprach mir schon vor längerer Zeit Mittheilungen.

Mein Urtheil über W[ien] fängt sich nach und nach zu ändern an. Das Kunsttreiben ist wenig nach meinem Geschmack; doch darf ich noch nicht öffentlich reden, später, wenn die Zeitschrift ganz hier erscheint, was wahrscheinlich bis Mitte des Jahres zu Stande zu bringen, werde ich wohl einmal hineinleuchten mit einem großen Schwerte. Vorher hoffe ich noch manchmal und oft von Ihnen zu hören. Fällt etwas Wichtiges in Weimar vor, so vergessen Sie nicht nach Leipzig darüber zu berichten! Ich bitte Sie darum. —

Wo ist Waltherr v. Goethe und seine Mutter? Was hat Bürod vor? Was Lobe? Was Genast? So wenig erfahre ich vom Ausland und es ge-